

Lernen aus der Geschichte

LaG - Magazin

75 Jahre nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges:

Gedenken, Erinnern, Konsequenzen

7/2014

27. August 2014



Inhaltsverzeichnis

Zur Diskussion

1939 – 2014: 75 Jahre nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges.....	5
1939 – Der Deutsche Überfall auf Polen als Auftakt zum Vernichtungskrieg.....	8
Intelligenzaktion. Ermordung polnischer Eliten nach der Besetzung Polens.....	11
Die Darstellung des Zweiten Weltkrieges im Schulbuch: Unterschiedliche Schwerpunktsetzungen in Deutschland und in Polen.....	14
Dem Deserteur ein Denkmal!.....	18
Das „Supergedenkjahr“ 2014 und die Überlagerung von 1939.....	22
Die Erinnerung an die Befreiung und das Ende des Zweiten Weltkrieges in Frankreich.....	25

Empfehlung Unterrichtsmaterial

Themenheft „NS und Zweiter Weltkrieg“.....	28
Handreichung „Deutsche und Polen“.....	29

Empfehlung Fachdidaktik

Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg 75 Jahre nach Kriegsbeginn.....	31
---	----

Empfehlung Film

Der Zweite Weltkrieg im Film – Geschichtsvermittlung in der DDR durch DEFA-Produktionen.....	33
Die Dokumentation „Angriff auf Europa - Wie der Zweite Weltkrieg begann“.....	35

Liebe Leserinnen und Leser,

wir begrüßen Sie zu unserer ersten Ausgabe des LaG-Magazins nach der Sommerferienpause. Sie trägt die Überschrift „75 Jahre nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges: Gedenken, Erinnern, Konsequenzen“. Wir waren bei den Vorplanungen zu Jahresbeginn davon ausgegangen, dass es in diesem mehrfachen Gedenkjahr eine Vielzahl von Veranstaltungen, Ausstellungen etc. geben wird, mit denen neben der Erinnerung an den Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor einhundert Jahren und dem fünfundzwanzigsten Jahrestag des Mauerfalls auch dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in einer Form gedacht wird, die dem historischen Charakter des Ereignisses gerecht wird. Die Folgen des deutschen Überfalls auf Polen waren schließlich der Holocaust und der Vernichtungskrieg im Osten und je nach Schätzung weltweit etwa 55 Millionen Tote, eine nachhaltige Veränderung der Landkarte der Welt, die Blockkonfrontation der Kalten Krieges und die Teilung Deutschlands. Bei den Recherchen zur vorliegenden Aufgabe mussten wir allerdings feststellen, dass die Zahl der Vermittlungs- und Erinnerungsangebote wie Ausstellungen, Veranstaltungen, Diskussionen oder auch die entsprechenden Neupublikationen auf dem pädagogischen Feld vorsichtig ausgedrückt sehr überschaubar ist. Wir haben daher die der Überschrift innewohnende Thematik recht breit ausgelegt.

Wenig Beachtung findet hierzulande die Erinnerung an ein anderes Ereignis, das für Polen ein zentrales ist und an welches wir erinnern möchten: Der militärische Warschauer Aufstand gegen die deutsche Besatzung jährte sich am 1. August zum 70. Mal.

Zudem möchten wir ausnahmsweise in diesem Vorwort auf eine Veranstaltung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ am 1. September hinweisen, die in ihrer Einladung unseres Erachtens nach zentrale Fragestellungen unter dem Titel „Der Zweite Weltkrieg in der europäischen Erinnerung“ bündelt: „Hat sich die deutsche und europäische Erinnerungskultur gewandelt? Kommt dabei in Deutschland ein Überdruß an NS-Verbrechen und historischer Schuld zum Ausdruck? Wird der Zweite Weltkrieg dabei zu einer Episode in der großen Erzählung über die Freiheit? Gibt es ernstzunehmende Ansätze, die das tradierte Bild vom Zweiten Weltkrieg verändern? Wie ist der historische Ort des Zweiten Weltkrieges von heute aus zu bestimmen – aus deutscher und aus europäischer Perspektive?“

Unser herzlicher Dank geht an alle externen Autor/innen für die Mitarbeit an dieser Ausgabe.

Christina Morina wirft in ihrem einführenden Beitrag ein kritisches Schlaglicht auf das Gedenken an den Beginn des Zweiten Weltkrieges und strittige Kriegslehren.

Jochen Böhler bewertet den Einmarsch der deutschen Wehrmacht und dessen Begleit-

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Einleitung

umstände in den Grundmustern als Vorwegnahme und damit als „Auftakt zum Vernichtungskrieg“.

Die sogenannte Intelligenzaktion ist das Thema des Essay von *Arthur Osinski*, der auf ein für Polen wichtiges und fatales Ereignis hinweist, das in der bundesdeutschen Erinnerung wenig Beachtung findet.

Wie unterschiedlich die Perspektiven und Darstellungen des Zweiten Weltkrieges in deutschen und polnischen Schulbüchern sein können, darauf weist *Robert Maier* hin. Er schlussfolgert, dass es noch ein langer Weg hin zu einer europäischen Erinnerungskultur sei.

Marco Draeger stellt das Thema Wehrmachtsdeserteure in den Mittelpunkt seines Aufsatzes und umreißt wesentliche Etappen, die es brauchte, damit diese Gruppe von Menschen, die sich dem Morden aus unterschiedlichen Gründen widersetzte, nach und nach von Stigmatisierungen befreit wurde.

Einen kritischen Blick auf den erinnerungspolitischen Stellenwert von 1939 im Rahmen des so genannten Supergedenkjahres wirft *David Zolldan*.

Die Erinnerungspolitiken an die Befreiung und das Ende des Zweiten Weltkrieges in Frankreich betrachtet *Annette Nogarède*. Hierbei beleuchtet sie kritisch unterschiedliche Mythen, die sich im französischen Narrativ herausgebildet haben.

Am 3. September erscheint eine Sondernummer des LaG-Magazins, begleitend zum Geschichtswettbewerb des Bundespräsi-

denten, ausgeschrieben von der Hamburger Körber-Stiftung.

Das nächste reguläre Magazin liegt Ihnen am 17. September vor. Es behandelt „Rassismus als Ideologie in Geschichte und Gegenwart“.

Wir wünschen Ihnen eine ertragreiche Lektüre.

Ihre LaG-Redaktion

1939 – 2014: 75 Jahre nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges

Von Christina Morina

In diesem Jahr der vielen Gedenken jährt sich der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zum 75. Mal. Nur selten zuvor dürfte man sich beim Rückblick auf dieses Ereignis so sehr auf die eigene Zeit zurück geworfen gefühlt haben wie in diesen Monaten, in denen die zu Ende geglaubte kriegerische Geschichte Europas wiederzuerwachen scheint und Krieg erneut in das Spektrum des politisch Möglichen rückt. Der Konflikt zwischen der Ukraine und Russland hat eine Dimension erreicht, der uns Zeitgenossen über die Gefahr eines neuen (nur kalten?) Krieges nachdenken lässt. Der vielerorts brüchige und unvollkommene, aber bis zu den jugoslawischen Nachfolgekriegen gewährte Frieden, den Europa seit 1945 erleben durfte, steht in diesen Tagen, so scheint es, auf dem Spiel.

Jedes historische Gedenken ist gebunden an die Zeit, in der es entsteht. Doch man sollte sich vom Schatten der Gegenwart nicht überwältigen lassen. Zunächst gilt es, sich durch das Dickicht von Geschichte und Geschichtserinnerung – die in diesen Tagen vor allem um den Ersten Weltkrieg kreist – hindurch zu kämpfen und zurück zu kehren zum 1. September 1939.

Von Gleiwitz zum Zweiten Weltkrieg

Der Satz, mit dem Hitler den deutschen Angriff auf Polen begründete, enthielt die ganze Kaltblütigkeit, Großmäuligkeit und

Bedingungslosigkeit, mit der das Nazi-Regime den daraus erwachsenen Zweiten Weltkrieg führen sollte: „Seit 5:45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen.“ Der fingierte Angriff auf den Sender Gleiwitz eröffnete eine ganze Serie von Feldzügen gegen Deutschlands nahe und ferne Nachbarn. Deren Terminierung und konkrete Ausführung stand damals noch keineswegs genau fest, sie waren aber in Hitlers Weltanschauung und der daraus abgeleiteten Innen- und Außenpolitik frühzeitig angelegt. Kern dieser Politik war die rassistische Lebensraumgewinnung im Osten Europas, die „Arisierung“ der deutschen Gesellschaft, die Exklusion ganzer Bevölkerungsgruppen, allen voran der Juden, sowie die Zerstörung des „asiatischen“ Sowjetkommunismus, der in den propagandistischen Begleitschlachten ebenso zum Auswuchs jüdischer Weltverschwörungspäne erklärt wurde wie der westliche Kapitalismus. Der Angriff auf Polen war in dieser Kalkulation eine Art Generalprobe für jene Vernichtungskriegsführung, die alle bis dahin gekannten Kriege in den Schatten stellen sollte und für die die 1945 total besiegte deutsche Wehrmacht seither berüchtigt ist.

Die deutsche Gesellschaft ist 1939 keineswegs jubelnd in diesen ersten Feldzug gezogen. Sie war aber durchzogen von Resentiments: gegenüber Juden, Aufsteigern, Linken, Homosexuellen oder vermeintlichen Asozialen. Das Regime konnte so in einer Mischung aus sozialpolitischen Wohltaten, propagandistischem Dauerfeuer und aggressiver Großmachtspolitik zur

„Wiederherstellung“ der „deutschen Ehre“ große Teile der deutschen Bevölkerung hinter sich und mit sich in diesen Krieg ziehen – bis hin zur systematisch betriebenen Plünderung und Ermordung von sechs Millionen Juden, Abertausender politischer Häftlinge, 3,3 Millionen russischer Kriegsgefangener, Sinti und Roma und anderer als „lebensunwert“ erachteter Zivilisten. Die anfängliche Skepsis schlug um in Führerbegeisterung. Doch mit dem bereits im ersten russischen Winterstockenden Krieg gegen die Sowjetunion und den andauernden alliierten Luftangriffen auf deutsche Städte wandelte sich die Blitzsiegbegeisterung in Apathie, in Angst vor der Rache der erstarkenden Kriegsgegner und in einen selbstmörderischen Durchhaltewillen, auf den das Regime bis zum letzten Tag seiner Existenz bauen konnte.

Kriegsende, Kriegsschuld und das Kriegsgedenken im geteilten Deutschland

Anders als nach dem Ersten Weltkrieg war die Schuldfrage nach 1945 nicht umstritten. Nur ein paar verstreute Alt- und Neonazis sowie eine Handvoll irreführender Historiker versuchten, die von Hitler seit dem 1. September 1939 vorgetragene Präventivkriegsthese salonfähig zu machen. Gerade weil dieser Krieg so vernichtend für Europa und für Deutschland selbst war, stand auch das kollektive Erinnern daran von Anfang im Schatten seiner Folgen. Jenseits der Küchentische, an denen überall in Deutschland alle Arten des aufrechnenden, schuldabweisenden, verdrängenden oder auch offen-

herzigen Gedenkens von Generation zu Generation getragen wurden, war das Reden über den Krieg im öffentlichen Raum vom bald heraufziehenden Kalten Krieg geprägt. Die ideologische und faktische Zweiteilung der Welt verlangte den Eliten in beiden Deutschlands enorme, vor allem enorm flexible, Deutungsarbeit ab.

Im Westen wandelten sich seit Ende der 1940er Jahre die ehemaligen Kriegsgegner USA, Großbritannien und Frankreich zu Bündnispartnern, während die Sowjetunion in alter Melodie als weiterhin zu bekämpfender Feind der westlichen Zivilisation galt. Im Osten mühte man sich darum, die Sowjetunion in ganz neuer Melodie zum großen Bruder zu stilisieren, deren wehrhaft verteidigter Sozialismus die Erlösung der Welt versprach. Die Täter und Opfer des Zweiten Weltkriegs samt der Vielen, die mitsahen, zuschauten, profitierten und samt der Wenigen, die protestierten, widersprachen und riskierten, gerieten so in ein alle Erfahrungen strukturierendes Deutungsgerüst. Welches Ereignis wie erinnert wurde, welche Haltung und Handlung wie bewertet wurde, entschied lange Jahre vor allem die politisch-ideologische Großwetterlage. Natürlich wirkte diese Strukturierung nicht absolut, sie bröckelte nachhaltig im Westen in den 1960er Jahren und kaum merklich im Osten in den 1980ern. Dennoch blieb das Gedenken an den Weltkrieg so lange geteilt, wie Deutschland selbst.

Der Angriff auf Polen spielte in dieser Gemengelage häufig nur eine untergeordnete Rolle. In der DDR lag der Fokus

derart nachdrücklich auf dem Angriff auf die Sowjetunion vom 22. Juni 1941, dass das Septembertagsgedenken – trotz des republikweit orchestriert begangenen „Weltfriedenstag“ – im Schatten des Junigedenkens lag. In der Bundesrepublik brachte es erst Willy Brandt zustande, im Zuge seiner Ostpolitik dem Schicksal der Polen einen angemessenen Platz im öffentlichen Diskurs und in der bundesdeutschen Außenpolitik zu verschaffen. Diese Differenzierung scheint seit 1989 in globaler ausgerichteten Gedenknarrativen wieder zu verwischen. In der Berliner Republik ging es lange um die feierliche Umarmung der friedlich zueinander gekommenen ehemaligen Kriegsgegner, wie es die Anwesenheit der Bundeskanzler Schröder und Merkel bei den Siegesfeiern in Moskau 2005 und 2010 exemplarisch zeigt.

75 Jahre danach: Umstrittene Kriegslehren

Heute, im Jahr des Gedenkens an den Beginn des Ersten Weltkriegs 1914 (der unglückliche Auftakt des 20. Jahrhunderts) und den Mauerfall 1989 (der glückliche Ausgang desselben) gerät der Zweite Weltkrieg beinahe etwas in Vergessenheit. Vielleicht, weil dessen Ursachen und Folgen weniger umstritten sind als die des Ersten Weltkriegs; vielleicht, weil dessen Ausgang den meisten Europäern – anders als das Jahr 1989 – keinerlei Siegesgefühle bescherte. Dass nun gerade in diesem Gedenkjahr 2014 Bundespräsident Gauck in seiner Rede auf der 50. Münchener Sicherheitskonferenz die Deutschen dazu aufrief, über ihre Verantwortung für Krieg und Frieden in der

Welt neu, ja vielleicht überhaupt erst richtig nachzudenken, gar darüber zu streiten, ist zu Recht im Kontext des doppelten Kriegsgedenkens diskutiert worden. Damit sind die Deutschen ungewöhnlich unverblümt zum „Lernen“ aus der Geschichte auf- und herausgefordert worden. Dass dieses Lernen überhaupt möglich ist, daran darf man mit Gauck glauben. Dass es überhaupt nur möglich sein kann, wenn Geschichte, vor allem die Geschichte von Kriegen, im öffentlichen Raum im besten Sinne umstritten bleibt, davon muss man mit ihm überzeugt sein.

Über die Autorin

Dr. Christina Morina ist Historikerin am Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts und am Duitsland Instituut Amsterdam. Sie hat zum öffentlichen Umgang mit dem Krieg gegen die Sowjetunion im geteilten Deutschland promoviert (2011 erschien „Legacies of Stalingrad. Remembering the Eastern Front in Germany since 1945“, Cambridge Univ. Press). Derzeit arbeitet sie an einer Habilitation zum Zusammenhang von Weltaneignung und Weltanschauung im Leben und Werk führender Marxisten (1870-1914) sowie an einem Sammelband zur Geschichte der Zeitgeschichtsforschung im Nachkriegsdeutschland (gemeinsam mit Franka Maubach).

E-Mail: c.morina@uni-jena.de

1939 – Der Deutsche Überfall auf Polen als Auftakt zum Vernichtungskrieg

Von Jochen Böhler

Am 1. September 1939 marschierte die deutsche Wehrmacht in Polen ein und eroberte binnen weniger Wochen die Westhälfte des Landes – die Osthälfte wurde ab dem 17. September 1939 von der Roten Armee eingenommen. Den deutschen Truppen folgten motorisierte Polizeieinheiten, die „Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei“. Deutsche Soldaten wie auch deutsche Polizisten, SS-Männer und Angehörige des zivilen Verwaltungsapparates ermordeten bis Ende des Jahres Zehntausende Polen und Juden, sowohl Zivilisten als auch Kriegsgefangene. Der deutsche Überfall auf Polen nahm daher eine Entwicklung vorweg, die ab dem Sommer 1941, mit dem deutschen Einmarsch in die Sowjetunion, als „Vernichtungskrieg“ in die Geschichtsbücher eingegangen ist. Dennoch werden die Ereignisse auf dem polnischen Kriegsschauplatz 1939, die den „Auftakt des Vernichtungskrieges“ bildeten, sowie deren Bedeutung bis heute weithin unterschätzt.

Kriegsverbrechen der Wehrmacht

Tatsächlich existiert ein wichtiger Unterschied zum Vorgehen deutscher Truppen in Russland knapp zwei Jahre später: Zwar hatte Hitler in einer geheimen Ansprache vor den Befehlshabern aller Truppenteile am 22. August 1939 von der Wehrmacht „Größte Härte“ und die mitleidslose Unterwerfung und Vernichtung des Gegners ge-

fordert. Im Vorfeld des deutschen Angriffs auf Polen waren aber nicht – wie im März 1941 – in Kooperation zwischen Reichs- und Wehrmachtführung – sogenannte verbrecherische Befehle ausgearbeitet worden, die die Ermordung von Zivilisten und Kriegsgefangenen durch deutsche Soldaten im besetzten Gebiet faktisch sanktionierten. Dennoch erschossen deutsche militärische Einheiten bereits in den ersten Stunden des deutschen Vormarsches Hunderte männliche Einwohner polnischer Ortschaften. Wie war es dazu gekommen?

Den Soldaten der Wehrmacht – im Durchschnitt junge Männer im Alter zwischen 22 und 24 Jahren – war vor der Invasion eingeschärft worden, dass die Zivilbevölkerung sich an der Verteidigung des Landes beteiligen würde. Zusammen mit alten Vorurteilen gegenüber Polen und Juden und der Indoktrination in NS-Jugendorganisationen in den 1930er Jahren riefen diese Warnungen eine Partisanenphobie innerhalb der Truppe hervor. An allen Ecken und Enden der besetzten Ortschaften sahen deutsche Soldaten – vor allem des Nachts – polnische „Freischärler“ - so die damals geläufige Bezeichnung für Partisanen. Das Ergebnis waren Hunderte von unkontrollierten Schießereien, die – wie nachträgliche Untersuchungen seitens der Wehrmacht ergaben – zumeist durch „friendly fire“ ausgelöst worden waren und die auf deutscher Seite manchmal nicht nur Verletzte, sondern auch Todesopfer forderten. Als Reaktion auf solche vermeintlichen Partisanenüberfälle stürmten deutsche Truppen dann die Häuser der besetzten

Ortschaft. Männer, Frauen und Kinder wurden im Affekt getötet oder verbrannten in den aus Wut angesteckten Gebäuden. Nach der Raserei wurde oftmals die Hälfte der überlebenden männlichen Einwohner exekutiert.

Wut- und Rachegefühle waren offenbar auch die Ursache für die Ermordung von Tausenden polnischen Soldaten unmittelbar im Anschluss an ihre Gefangennahme. Oftmals wurden sie gar nicht als gleichwertige Gegner, sondern ebenfalls als Partisanen betrachtet, weil sie angeblich „feige“ und „heimtückisch“ gekämpft hatten, indem sie aus Häusern und von Bäumen auf deutsche Soldaten schossen. Dieses Verhalten war jedoch kriegsvölkerrechtlich völlig legitim. In dem Maße, in dem sich innerhalb der Wehrmacht die Überzeugung breit machte, dass es 1939 noch gar keine polnische Partisanenbewegung gab, die man bekämpfen müsste, nahmen dann die Massenerschießungen polnischer Zivilisten und Kriegsgefangener in der zweiten Septemberhälfte allmählich ab.

Das Mordprogramm der Einsatzgruppen

Eine umgekehrte Entwicklung war bei den Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei zu beobachten: Ihnen war vor dem Überfall nur mündlich mitgeteilt worden, dass ihr Auftrag unter anderem in der Ermordung von Angehörigen der polnischen Bildungsschicht – der sogenannten polnischen Intelligenz – bestand. Dem lag die Überlegung zugrunde, dass sich aus diesen Kreisen am

ehersten eine polnische Widerstandsbewegung bilden würde. Aber genaue Zahlen waren den Einsatzgruppen nicht gegeben worden. Die Opferzahlen der Einsatzgruppen blieben daher in den ersten Septembertagen im Vergleich zu denen der Wehrmacht eher niedrig. Als sich durch ständige Rückversicherung mit der Berliner Polizeizentrale herausstellte, dass man dort dieses Vorgehen billigte, stiegen die Opferzahlen der Einsatzgruppen schnell in die Zehntausende.

Ohne die Hilfe ortsansässiger Angehöriger der deutschen Minderheit wäre dieses Mordprogramm wohl nicht so schnell und so effektiv in die Tat umgesetzt worden. Die SS hatte aus ihren Reihen den sogenannten „Volksdeutschen Selbstschutz“ gebildet, der die Einsatzgruppen bei ihren Exekutionen unterstützte und auch selbstständig Exekutionen durchführte. Dabei kam den Männern des Selbstschutzes ihre Ortskenntnis zugute. Zugleich bot ihnen das Mordprogramm die Gelegenheit, sich zu bereichern oder alte Rechnungen mit ehemaligen polnischen Nachbarn zu begleichen.

Die Vorbereitungen für eine Zivilverwaltung des Landes

Obwohl die Wehrmacht gegen das aus ihrer Sicht unkontrollierte Mordprogramm der Einsatzgruppen protestierte, arbeitete sie im Felde reibungslos mit den Einsatzgruppen zusammen. Hilfestellung leisteten dabei die Chefs der Zivilverwaltungen, Beamte des Reichsministeriums des Innern, die eine funktionierende deutsche Besatzungsverwaltung in Polen errichten sollten.

Sie ordneten oftmals als Erste die schärfste Verfolgung der polnischen und jüdischen Bevölkerung in den besetzten Ortschaften an. Erstaunlicherweise gilt dies nicht nur für Albert Forster und Artur Greiser, zwei Hitler treu ergebene Parteibonzen, die als spätere Gauleiter in den annektierten Gebieten (in den neuen Reichsgauen „Danzig-Westpreußen“ und „Warthegau“) die Verfolgung und Ermordung von Hunderttausenden Polen und Juden systematisch betrieben. Auch ihre Vorgänger, einfache Laufbahnbeamte, die zuvor im Deutschen Reich unauffällig ihren Dienst verrichtet hatten, beteiligten sich nunmehr in den ersten Tagen des deutschen Vormarsches im besetzten Gebiet ohne Zögern am Massenmord.

Auftakt zum Vernichtungskrieg 1939

Am 25. Oktober 1939 wurde die deutsche Militärverwaltung in Polen offiziell durch eine Zivilverwaltung ersetzt. Bis zu diesem Zeitpunkt waren 16.000 Zivilisten und Kriegsgefangene der deutschen „neuen Ordnung“ zum Opfer gefallen. Bis zum Jahresende stieg die Zahl der ermordeten Juden auf 7.000 an. Militärische, polizeiliche und zivile Stellen hatten sich an diesen Morden beteiligt.

Vergleicht man das deutsche Vorgehen in Polen 1939 mit dem in der Sowjetunion ab Sommer 1941, so finden sich dieselben Muster: Auch im Russlandfeldzug kooperierten die Einsatzgruppen – diesmal allerdings ohne offizielle Proteste von Wehrmachtseite – mit der Truppe und vollstreckten ein Mordprogramm, das bald nicht

Zehntausende, sondern Millionen Opfer fordern sollte. Deutsche Soldaten töteten ungezählte Einwohner von russischen Ortschaften unter dem Deckmantel eines angeblichen Partisanenkrieges, der erst viele Monate nach dem deutschen Überfall Wirklichkeit werden sollte. Etwa drei Millionen Rotarmisten starben in deutscher Gefangenschaft. Zeitgleich schufen Angehörige der deutschen Zivilverwaltung den funktionalen Rahmen für die systematische Verfolgung und Ermordung der einheimischen Bevölkerung. Es sind genau diese Parallelen die es nahelegen, den deutschen Überfall auf Polen als „Auftakt des Vernichtungskrieges“ zu sehen.

Über den Autor

Dr. Jochen Böhler ist Historiker und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am „Imre Kertész Kolleg Jena – Europas Osten im 20. Jahrhundert. Historische Erfahrungen im Vergleich“. Zwischen 2000 und 2010 veröffentlichte er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut Warschau mehrere einschlägige Publikationen zur These des deutschen Überfalls auf Polen 1939 als „Auftakt des Vernichtungskrieges“.

Homepage:
www.imre-kertesz-kolleg.uni-jena.de

E-Mail:
jochen.boehler@uni-jena.de

Intelligenzaktion. Ermordung polnischer Eliten nach der Besetzung Polens

Von Arthur Osinski

Der Überfall auf Polen ging mit einer besonders grausamen ethnischen Säuberung an den polnischen Eliten einher. Die so genannte Intelligenzaktion begann bereits am 1. September 1939 mit der Erstürmung des polnischen Postamtes der Freien Stadt Danzig und dauerte bis April 1940. In diesem Zeitraum wurden ca. 60.000 Polen von deutschen Polizei- und SS-Einheiten ermordet und weitere 50.000 in Konzentrationslagern deportiert, von denen nur ein ganz geringer Teil überlebte. Die Intelligenzaktion war nur der Auftakt zur Ermordung polnischer Eliten. Anschließend wurde diese mit der sogenannten AB-Aktion („Außerordentliche Befriedungsaktion“) kontinuierlich fortgesetzt. Anders als in Polen hat die Intelligenzaktion nur peripher den Eingang in die deutsche Historiographie des Zweiten Weltkrieges gefunden, obwohl diese den Auftakt der systematischen Massenmorde der Nazis an der polnischen Bevölkerung bildete.

Vae Victis

Nach der Niederlage der polnischen Armee gegen Nazideutschland und die Sowjetunion im Oktober 1939 wurde der polnische Staat abermals geteilt. Wie im Einvernehmen begannen die beiden Besatzungsmächte schon in den ersten Tagen des Krieges mit systematischen Verhaftungen der polnischen Oberschicht. Diese Verhaftungen bildeten

den Auftakt zur planmäßigen Ermordung der polnischen Eliten. Die Sowjets gingen anfangs sogar noch grausamer als die Nazibesatzer gegen die polnische Oberschicht vor. Orte wie Katyń, Mednoje oder Charkow, an denen zehntausende polnische Staatsbürger durch den NKWD ermordet wurden, bildeten nur den Auftakt der Zwangssowjetisierung der polnischen Ostgebiete. Danach folgten die Deportationen hunderttausender in die Sowjetunion. Nicht nur die Vertreter der polnischen Eliten, sondern ihre gesamten Familien wurden nach Sibirien deportiert. Das Gros kam nie wieder zurück und ist in den stalinistischen Gulags entweder verhungert oder erfroren.

In dem von den Nazis kontrollierten Besatzungsgebiet begannen die Verhaftungen der polnischen Intelligenz schon vom ersten Kriegstage an. Die polnische Oberschicht sollte vernichtet und die restliche Bevölkerung zu einer leicht verfügbaren Masse degradiert werden. Es galt - genauso wie in der sowjetischen Besatzungszone - vollendete Tatsachen zu schaffen und somit das Gros der polnischen Gebiete zu assimilieren. Der polnische „Saisonstaat“, wie dieser von vielen Politikern auf der deutschen und sowjetischen Seite in der Zwischenkriegszeit bezeichnet wurde, sollte von der Landkarte endgültig verschwinden, damit der Status Quo aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg wieder erreicht würde.

Sonderfahndungsbuch Polen

Die Vernichtung der polnischen Intelligenz in den von den Nazis besetzten Gebieten

wurde seit Jahren penibel geplant. Nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Polen wurden die Pläne rigoros vom ersten Tag an durchgesetzt. Besonders gut organisiert war die Verhaftungswelle in Westpreußen. Die Danziger Polizei bildete schon 1935 eine politische Abteilung, die die polnische Oberschicht überwachen sollte. Dafür wurde eine Namenskartei mit tausenden „gefährlichen“ Polinnen und Polen erstellt, die die Verhaftungswelle vereinfachen sollte. Es ist auch bezeichnend dafür, dass zu den ersten Opfern der Intelligenzaktion die Arbeiterinnen und Arbeiter des polnischen Postamtes in der freien Stadt Danzig gehörten. Ein großer Teil der Oberschicht aus Danzig und Westpreußen wurde in das KZ Stutthof deportiert, das als erstes Konzentrationslager außerhalb des reichsdeutschen Staatsgebietes errichtet wurde.

Das ab Mai 1939 vom Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS mit der Unterstützung der deutschen Minderheit erstellte sogenannte „Sonderfahndungsbuch Polen“, in dem sich über 61.000 Namen polnischer Staatsbürger/innen befanden, die nach dem Einmarsch in Polen entweder verhaftet oder ermordet werden sollten, zeugt von einem von langer Hand geplantem vorsätzlichen Mord an der polnischen Elite.

Volksdeutscher Selbstschutz

Das Unfassbare für die Polen war mit hin, dass die deutsche Minderheit eine der aktivsten Rollen an der Ermordung der polnischen Eliten einnahm. Die polnischen Bürgerinnen und Bürger deutscher Ethnie,

die - wie ihre jüdischen Nachbarinnen und Nachbarn - teilweise schon seit 800 Jahren in friedlicher Koexistenz miteinander lebten und den polnischen Staat konsolidierten, ließen sich in nur wenigen Jahren von einer der schrecklichsten Ideologien verführen, deren Konsequenz ein völliger Verrat an ihren polnischen und jüdischen Mitbürger/innen war. Schon ein Jahr zuvor, im Oktober 1938, bildeten Angehörige der deutschen Minderheit mit Hilfe des Sicherheitsdienstes des Reichsführers-SS den sogenannten Volksdeutschen Selbstschutz, der in paramilitärische Einheiten untergliedert war. Der Selbstschutz tat sich hervor, indem er mit äußerster Brutalität gegen die polnischen Bürgerinnen und Bürger vorging; sogar die Führung der SS-Einheiten war vereinzelt über die Gräueltaten und die Willkür des Selbstschutzes überrascht. Bis Ende 1939 ermordeten diese paramilitärischen Einheiten zehntausende Polinnen und Polen und polnische Jüdinnen und Juden. Neben dem Selbstschutz beteiligten sich an der Ermordung der polnischen Intelligenz Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD, die der Wehrmacht zugeordnet waren.

Innerhalb weniger Monate ermordeten diese Einheiten bei mehreren hundert Exekutionen bis zu 60.000 Polinnen und Polen, die der Elite der Zweiten Polnischen Republik angehörten. Weitere 50.000 wurden in die Konzentrationslager Hochenbruch und Mauthausen-Gusen deportiert, von denen nur die wenigsten überlebten.

Die selektive Wahrnehmung der deutschen Historiographie

Die deutsche Geschichtsschreibung hat sich bis zur heutigen Zeit nur peripher mit der grausamen deutschen Besatzung in Polen auseinandergesetzt. Außer von Jochen Böhler und ein paar anderen veritablen Kennerinnen und Kennern der deutschen Besatzung in Polen gab es bis heute keine sichtbare Auseinandersetzung mit dem Thema. An dieser Stelle scheint das deutsche Gedächtnis lückenhaft zu sein. Wenn in der deutschen Öffentlichkeit über den Krieg in Polen berichtet wird, dann ist meistens von einem „Blitzkrieg“ die Rede. Für die Polen war die deutsche Besatzung die längste des Zweiten Weltkrieges. Über sechs Millionen polnische Bürgerinnen und Bürger verloren ihr Leben, vier Millionen wurden versklavt und zur Zwangsarbeiter für Nazideutschland gezwungen. Polen hatte prozentual die meisten Opfer aller in den zweiten Weltkrieg involvierten Staaten zu verzeichnen.

In der deutschen Geschichtsschreibung beginnt der Vernichtungskrieg - wie es uns zuletzt die Wehrmachtsausstellung lehrte - mit dem Überfall auf die Sowjetunion. Doch ist das wirklich der Fall? Beginnt dieser vielleicht nicht doch etwas früher und zwar mit der Intelligenzaktion in Polen? Wenn man in der polnischen Wikipedia nach dem Begriff „Intelligenzaktion“ recherchiert, findet man zig, wenn nicht gar hunderte Einträge zu den Massenexekutionen und zu den berühmten Intellektuellen, die ermordet wurden. In der deutschen Wikipedia sucht man

nach dem Begriff „Intelligenzaktion“ vergebens.

Über den Autor

Arthur Osinski ist Historiker und Pädagogischer Mitarbeiter der Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte Golm, einer Einrichtung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge.

Die Darstellung des Zweiten Weltkrieges im Schulbuch: Unterschiedliche Schwerpunktsetzungen in Deutschland und in Polen

Von Robert Maier

Was erfährt ein deutscher Schüler bzw. Schülerin über die Bedeutung und die Rolle Polens im Zweiten Weltkrieg? Nimmt man die Geschichtsschulbücher für die Sekundarstufe 1 als Maßstab, dann ist es nicht allzu viel. Der Zweite Weltkrieg wird im Durchschnitt auf 25 bis 30 Seiten abgehandelt, wobei ein nicht unbeträchtlicher Teil der Darstellung auf den Holocaust fällt. In jüngster Zeit wird der Krieg meist in ein Kapitel „Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg“ integriert, wo er nur noch als ein Aspekt dieses totalitären Regimes in Erscheinung tritt. Im Buch „Geschichte real“ (Bd. 3, Cornelsen: 2013, Ausgabe für NRW) reduziert sich die Zahl der Buchseiten für den eigentlichen Krieg auf diese Weise auf 2 bis 3. Da der Krieg in seinem Verlauf eine Vielzahl von Schauplätzen aufwies, die aus deutscher Sicht zu berücksichtigen sind, verbleiben für „Polen“ manchmal nur wenige Zeilen oder kurze Abschnitte und einzelne Bilder. Nur im Einzelfall, wenn Geschehnisse in Polen oder mit Polen als exemplarisch herangezogen werden – etwa im Fall von polnischen Zwangsarbeitern –, können es auch zwei bis drei Seiten sein.

Egal ob in Kurz- oder Langform – als Grundinformation werden folgende gegeben: Polen wird zunächst erwähnt als ein

Land, gegen das sich die nationalsozialistische Aggression vornehmlich richtete und das in der Hitlerschen Diktion „vernichtet“ werden sollte. Als wesentliches Motiv des Hitler-Stalin-Paktes wird entsprechend die Absicht herausgestellt, freie Hand gegen Polen zu erhalten. Polen verbindet sich sodann unmittelbar mit dem Kriegsbeginn, der mit dem „Überfall auf Polen“ ein Datum bis hin zur genauen Uhrzeit erhält. Der Septemberfeldzug gegen Polen ist aus Sicht des Lesers eines Schulbuchs kaum dass er begonnen hat, schon beendet – zu groß war die deutsche Übermacht und zu überraschend wirkte die erstmals angewandte Blitzkriegsstrategie. Propaganda-Fotos von Sturzkampfflugzeugen und gepanzerten Limousinen, auf denen Wehrmachtssoldaten mit polnischen Grenzschildern als Trophäen in Polen einfahren, festigen dieses Bild. Als drittes Motiv gerät das brutale Besatzungsregime in den Blick. Meist durch Quellen untermauert werden die rassenideologische Versklavung der polnischen Bevölkerung, Massenerschießungen von Vertretern der polnischen Elite sowie Massaker an den polnischen Juden behandelt. Deren Zusammenpferchung in Ghettos wird erwähnt, wobei der Aufstand im Warschauer Ghetto und dessen Niederschlagung als trauriger Höhepunkt erscheint. Dies leitet zum vierten Punkt über, an dem „Polen“ ins Blickfeld gerät: Polen als der geographische Ort, an dem der Holocaust, die Vernichtung der europäischen Judenheit, in zentraler Weise stattfand und für den Auschwitz zum Symbol wurde. In der Darstellung dieses

Geschehens verliert sich allerdings der polnische Bezug, da es fast gänzlich mit Juden, evtl. noch mit Sinti und Roma verbunden wird. Zum Kriegsende hin taucht „Polen“ im Zusammenhang mit der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Ostgebieten noch einmal auf. Diese wird dargestellt als eine für die Beteiligten sehr schmerzliche Folge des Krieges. Zugleich wird darauf hingewiesen, dass auch andere Bevölkerungsgruppen, nicht zuletzt die Polen selbst, in diesem Krieg Opfer von Zwangsumsiedlung geworden sind.

Die hier skizzierten deutschen Schulbuchdarstellungen in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg waren auch früher schon von polnischen Vertretern der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission in Augenschein genommen und als sachgerecht und fair beurteilt worden. Dennoch dürfte die Begegnung zweier Jugendlicher aus Deutschland und Polen durchaus Erstaunen und Überraschungen auf beiden Seiten hervorrufen, wenn die beiden ihr Schulbuchwissen über den Zweiten Weltkrieg vergleichen.

Der Stellenwert des Zweiten Weltkrieges im polnischen Geschichtsunterricht ist wesentlich höher als im deutschen. Die polnischen Schulbücher stellen ihm mit durchschnittlich 50 Seiten mindestens dreimal so viel Raum zur Verfügung wie die deutschen, wenn man den Holocaust als besonderes Thema ausklammert. Das Faktenwissen unseres fiktiven polnischen Jugendlichen wird entsprechend größer sein. Dies trifft insbesondere für den Septemberfeldzug gegen

Polen zu, der auf durchschnittlich drei Seiten auch militärisch detailliert beschrieben wird. Besagter Jugendlicher wird sein deutsches Gegenüber damit befremden, dass er die Zahl der Flugzeuge, Panzer und Schiffe vergleichend präsentiert, die Frontlinien, Geländestrukturen und Schlachten beschreiben sowie die Namen der beteiligten Generäle nennen kann.

Irritiert wird der deutsche Gegenüber registrieren, dass in Polen ein durchaus anderer Krieg beschrieben wird, als er ihn kennt. Polen war demnach einem zeitlich etwas versetzten Zweifrontenkrieg ausgesetzt, einem Krieg der im Hitler-Stalin-Pakt im Grunde schon vorgezeichnet war. Deutsche Schulbücher bekunden die Niederlage Polens schon vor dem Einmarsch der Roten Armee in Ostpolen und erwähnen diesen zuweilen gar nicht mehr, wodurch sogar der falsche Eindruck entsteht, dass Polen als Ganzes von der Wehrmacht erobert wurde. Demgegenüber sehen polnische Schulbücher im Angriff der UdSSR den Grund für die endgültige Niederlage. Neben den deutschen Aggressor wird mit fast gleichem Rang der sowjetische Aggressor gestellt. Erst deren Zusammenwirken habe den Ausgang des Krieges entschieden.

Auch über die westlichen Reaktionen auf den deutschen Überfall werden unsere beiden fiktiven Jugendlichen aus Deutschland und Polen uneins sein. Der deutsche Jugendliche konnte sich im Schulbuch anlesen, dass Hitler „sich verrechnet“ habe, denn Frankreich und Großbritannien hätten die Aggression nicht hingenommen, sondern

hätten zu ihren Abmachungen gestanden und Deutschland den Krieg erklärt. Dass sie Polen militärisch nicht so schnell beistehen konnten, wäre der unzureichenden Rüstung und dem Blitzkriegscharakter geschuldet gewesen. Der polnische Jugendliche wird von „Verrat“ sprechen, darüber, dass der Westen Polen allein gelassen habe, dass die diplomatischen Reaktionen wirkungslos bis lächerlich gewesen seien. Schon im Falle der Zerschlagung der Tschechoslowakei habe die westliche Passivität dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges Vorschub geleistet.

Dem deutschen Jugendlichen muss die Eroberung Polens angesichts der geschilderten Überlegenheit als ein relativ müheloses Unternehmen vorkommen. Er erfährt nichts über deutsche Opfer. Von der Gegenwehr der Polen ist in den Schulbüchern nichts zu erfahren. Auch die Argumentation, dass durch den Hitler-Stalin-Pakt ein Zweifrontenkrieg vermieden worden sei, legt nahe, dass die Front gegenüber Polen gar nicht als „Front“ zu zählen sei. Faktisch befand sich Deutschland nach der Kriegserklärung Großbritanniens und Frankreich nämlich in einem Zweifrontenkrieg. Demgegenüber besteht im polnischen Schulbuch die Hauptbotschaft darin, den heldenhaften Kampf und die Abwehr im Septemberfeldzug vor Augen zu führen. Dies setzt sich fort in der Schilderung der Unterstützung der Alliierten durch polnische Soldaten im Verlauf des Zweiten Weltkrieges, ein Wissen, das in deutschen Schulbüchern keine Beachtung findet und unseren deutschen Jugendlichen nicht erreicht. Selbst der Warschauer Aufstand wird

selten erwähnt.

Der deutsche Jugendliche wird aus dem Munde seines polnischen Gegenüber erfahren, dass die deutsche Minderheit in Polen sich als „Fünfte Kolonne“ durch Sabotageakte an diesem Krieg beteiligt und den Vormarsch der Wehrmacht unterstützt habe. Sein Informationsstand wird ihn nicht in die Lage versetzen, dazu Stellung nehmen zu können.

Wenn sich unsere fiktiven polnischen und deutschen Jugendlichen über den Zweiten Weltkrieg unterhalten, haben sie sehr unterschiedliche Bilder vor Augen. Im polnischen Schulbuch dominieren militärische Bildmotive und es kommt eine heroische Komponente zum Ausdruck (menschliches Leid und Alltag im Krieg ist in anderen Kapiteln bebildert). In deutschen Schulbüchern beziehen sich die Illustrationen neben den erwähnten Wehrmachtspropaganda-Fotos in erster Linie auf Aufnahmen, welche die Brutalität der deutschen Besatzung zeigen, wobei diese in das Thema „Holocaust“ überführen.

Überhaupt wird das Thema „Juden“ für unseren deutschen Jugendlichen sehr eng mit dem Zweiten Weltkrieg und Polen verbunden sein, denn er weiß, dass mindestens die Hälfte der während des Krieges umgekommenen polnischen Staatsbürger polnische Juden waren. Demgegenüber wird der polnische Jugendliche die Selbstbehauptung und den Überlebenswillen des polnischen Volkes und die Ermordung der Juden als relativ separate Vorgänge betrachten.

Lernen aus der Geschichte

Zur Diskussion

Unser polnischer Jugendlicher wird dem deutschen auch erklären, dass es sich bei der Eroberung Polens durch deutsche und sowjetische Truppen um die „vierte Teilung Polens“ gehandelt habe. Er trägt in diesem Punkt ein Geschichtsbewusstsein nach außen, das deutsche Schulbücher nicht anregen.

Alarmierend sind diese Widersprüche und Mängel in den Schulbuchdarstellungen nicht. Sie erzeugen keine Feindbilder. Jugendliche aus Deutschland und Polen werden sich wohl eher über die Unterschiede wundern. Aber in ihren eventuellen Gesprächen darüber entsteht vielleicht doch das, wovon wir offensichtlich noch ein gutes Stück entfernt sind, nämlich eine gemeinsame europäische Erinnerung.

Über den Autor

Dr. Robert Maier leitet die Abteilung „Europa. Narrative, Bilder, Räume“ am Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig. Zuletzt von ihm erschienen: Akustisches Gedächtnis und Zweiter Weltkrieg, Göttingen (2011).

Dem Deserteur ein Denkmal!

Die Erinnerung an die Wehrmacht- Deserteure und ihr langer Weg ins kollektive Gedächtnis

Von Marco Dräger

Wir sind momentan von Jubiläen umzingelt: Vor vier Wochen jährte sich der Ausbruch des Ersten Weltkrieges zum 100. Mal, vor sechs Wochen der 20. Juli zum 70. Mal und nächste Woche kehrt der Beginn des Zweiten Weltkrieges zum 75. Mal wieder. Zwischen diesen Daten aus der „Kalendergeschichte“ besteht ein Zusammenhang – freilich ein anderer als man zunächst vermutet.

Nationalsozialisten, Wehrmachtjustiz und frühe Bundesrepublik

Nachdem die Nationalsozialisten die Ursache für die Niederlage im Ersten Weltkrieg in einer allzu laschen Militärjustiz ausgemacht zu haben glaubten, die ihrer Ansicht nach nicht energisch genug gegen angebliche Zersetzungerscheinungen aller Art und Desertionen vorgegangen war, verschärften sie seit der Wiedereinführung der Militärgerichtsbarkeit ab Mai 1933 die einschlägigen Paragraphen des Militärstrafgesetzbuches. Außerdem fügten sie neue, weltanschauliche Straftatbestände und Verfahrensabläufe hinzu. Auf dieser pseudorechtlichen Grundlage wurden bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges rund 25.000 Todesurteile aufgrund von Delikten wie Kriegsdienstverweigerung, Desertion, Wehrkraftzersetzung, Hoch-

Landes- oder Kriegsverrat gefällt.

Während in der Bundesrepublik die am 20. Juli 1944 begangene Tat der hochrangigen Militärs ab Mitte der 1950er Jahre als militärischer Widerstand gefeiert wurde und alljährliche Gedenkstunden das Ereignis in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit rückten, blieben die Taten von einfachen Soldaten lange Zeit unbeachtet. Die Urteile gegen sie behielten ihre Gültigkeit. Rehabilitierung, Entschädigung oder gar Anerkennung ihrer Verweigerung bzw. ihres Widerstandes unterblieben. Die gesellschaftliche Stigmatisierung und die sozialrechtliche Diskriminierung bestanden fort. Desertion aus der Wehrmacht blieb in den ersten drei Dekaden der Bundesrepublik ein Tabu-Thema. Selbst überlebende Deserteure wagten es aus Scham oder Angst vor dem Verlust von Familie und Freunden in der Regel nicht, das Thema öffentlich anzusprechen oder ihre Entschädigungsansprüche juristisch durchzusetzen. Die wenigen, die es dennoch versuchten, scheiterten an den bundesrepublikanischen Gerichten. Deren Richter, meist bereits vor 1945 im Justizdienst – oftmals gar in der Wehrmachtjustiz – tätig, hielten nationalsozialistische Rechtspositionen und Interpretationen aufrecht und warfen den Deserteuren eigennützige Motive vor. Zudem bewerteten sie deren individuelle Tat als aussichtslos und hielten ihnen als erfolgversprechendes Beispiel den 20. Juli vor. So wurden die einen trotz oder wegen des gescheiterten Attentats und ungeachtet ihrer keineswegs demokratischen Vorstellungen einer politischen

Reorganisation zum Symbol für angeblich heldenhaften militärischen Widerstand. Die anderen, die sich aus unterschiedlichen Gründen nicht (mehr) am Morden beteiligen wollten und deshalb wegen Fahnenflucht oder „Wehrkraftzersetzung“ verurteilt wurden, blieben benachteiligt und unbeachtet.

Wandel ab den 1980er Jahren

Diese Ansicht änderte sich erst im Rahmen der Friedensbewegung der 1980er Jahre. Als Reaktion auf den NATO-Doppelbeschluss suchten die damaligen Akteure – oftmals kriegsdienstverweigernde Reservisten, DFG-VK-Gruppen oder grün-alternative Initiativen – aus dem antimilitaristischen Spektrum der Friedensbewegung abseits des antizipierten soldatischen Heldentodes im Atomkrieg nach neuen, erinnernswerten Idealen. Diese entdeckten sie in den Deserteuren des Zweiten Weltkrieges. Deren historische Verweigerung erschien ihnen beispielhaft für die Gegenwart. Unter den zeitgenössischen sozialen Rahmenbedingungen deuteten sie daher die Deserteure des Zweiten Weltkrieges positiv um und sahen in ihnen historische Vorbilder. Sie forderten Denkmäler für Deserteure als Kontrapunkte zu den klassischen Kriegerdenkmälern und provozierten damit ganz bewusst gegenüber diesen traditionellen Formen des Gedenkens.

Mit dieser Forderung wollten sie eine Diskussion über Kriegsdienstverweigerung und Desertion in Gang setzen. Ihre friedenspolitische Strategie bestand darin, selbstbestimmtes Handeln als höherwertige

Alternative dem aus ihrer Sicht obsoleten Prinzip von Befehl und Gehorsam gegenüberzustellen. Desertion erschien ihnen quasi als „Selbstverteidigung“, als emanzipatorischer Akt gegen äußere militärische Zwänge und scheinbare Notwendigkeiten.

Die Initiatoren hofften, dass durch die Reflexion über Desertion in der Geschichte auch die Beschäftigung mit der aktuellen Frage nach der Legitimität von staatlichen Zielen und (Gewalt-)Handlungen angeregt werde. Ferner fragten sie auf diese Weise explizit, in welcher Tradition man stehe und welches Gewicht man dem Militär beimesse.

Seit Mitte der 1980er Jahre wurde daher in zahlreichen Orten die Errichtung von Deserteur-Denkmalern diskutiert. Die lokalen Debatten sowie vereinzelte Denkmalsetzungen dienten als Wegbereiter für die politische und juristische Rehabilitierung der Deserteure auf Bundesebene ab den 1990er Jahren. Der gesellschaftliche Meinungswandel basierte auf einem Generationenwechsel. Ihre seit 30 Jahren konstant anhaltende Errichtung kann als Indikator und sichtbares Zeichen für diesen Wandel angesehen werden. Fungierten sie zunächst als Wegbereiter, ging ihre Errichtung in den 1990er Jahren mit den parlamentarischen Debatten einher. Selbst nach dem politischen Abschluss des Themas in den 2000er Jahren wurden weitere Denkmäler errichtet.

Im Laufe der Zeit veränderten sich auch die Akteure. Anders als in den 1980er Jahren wurden die Denkmäler nicht mehr von privaten Gruppen initiiert, die bei

politischen Parteien um Unterstützung warben und ihr Anliegen von ihnen parlamentarisch vertreten ließen, sondern die Parteien ergriffen allmählich selbst die Initiative. Der Bundestag rehabilitierte 2009 einstimmig so genannte „Kriegsverräter“, die Hamburger Bürgerschaft beschloss 2012 ebenfalls einstimmig, ein Deserteur-Denkmal in Hamburg errichten zu lassen, nachdem bereits 2009 in Köln im Auftrag der Stadt ein Denkmal im öffentlichen Raum aufgestellt worden war, für das die Kommune zuvor sogar einen Künstlerwettbewerb ausgelobt hatte. Damit revidierten diese Städte die bis dato – von einzelnen Ausnahmen abgesehen – vorherrschende Haltung, Deserteur-Denkmal nicht auf öffentlichem Grund aufzustellen. Der Münchner Stadtrat lehnte seit Ende der 1980er Jahre die Aufstellung eines solchen Denkmals auf öffentlichem Gelände ab. Seit 1993 steht es in Mannheim – ebenfalls auf einem privaten Grundstück, weil die dortigen Stadtväter eine Errichtung auf öffentlichem Boden verweigerten. Die ehemalige Hauptstadt Bonn wollte auch kein Deserteur-Denkmal und erlaubte die öffentliche Aufstellung 1989 nicht. Die Odyssee dieses Denkmals ging nach mehreren Zwischenstationen und Standortwechseln in Potsdam, der Partnerstadt Bonns, zu Ende. Dort fand es Asyl.

Paradoxien der und Potential für die Gegenwart

Die gegenwärtige Situation ist also paradox: Abgesehen von einigen irrlichternden Stimmen gibt es einerseits eine

mittlerweile breite gesellschaftliche Akzeptanz für diese Denkmäler. Die heftigen Debatten der Vergangenheit sind abgeebbt, Deserteur-Denkmal eignen sich in der Gegenwart nicht mehr zur Provokation. Ihr Potential, eine breite gesellschaftliche Debatte auszulösen, ist verschwunden, wobei die aktuelle Unaufgeregtheit bei diesem Thema sich auch auf Informationsmangel, Desinteresse und Indifferenz zurückführen lässt. Andererseits leiden trotz ihres allmählichen Einzugs in die Erinnerungskultur die bislang rund 30 Deserteur-Denkmal ebenso wie andere Denkmäler unter Nicht-Beachtung im Alltag. Sie sind „unsichtbar“ und werden kaum rezipiert. Selbst die Exotik eines „anrühigen“ Inhalts steigert ihre Bekanntheit nicht. Die lebendigen, im kommunikativen Gedächtnis ausgetragenen Debatten vor ihrer Errichtung sind durch die kulturelle Formgebung verschütt gegangen. Das Thema hat kaum bis keine Breitenwirkung entfalten können. Die Deserteure sind zwar ab Mitte der 1980er als Sujet in der historischen Forschung salonfähig geworden, aber über einschlägige Fachkreise hinaus entstand kein öffentliches Bewusstsein für diese Thematik. Als Erschwernis für die Rezeption kommt hinzu, dass diese Denkmäler sperrig und „unbequem“ sind. Sie laufen bekannten und an Kriegerdenkmälern eingeübten Formeln und Ritualen traditionellen Gedenkens zuwider, weil diese nicht reibungslos übernommen werden können. Eine direkte und unkomplizierte Anschluss- bzw. Integrationsmöglichkeit besteht nicht.

Man darf deshalb gespannt sein, ob und wie die aktuell in Planung bzw. im Bau befindlichen Deserteur-Denkmäler in Hamburg und Wien dieses Rezeptionsproblem zu lösen vermögen und einen Beitrag dazu leisten können, sowohl das Gedenken an die Wehrmacht-Deserteure in der Erinnerungskultur weiter zu etablieren als auch die Sichtbarkeit dieser seit drei Jahrzehnten NS-Verfolgten zu erhöhen. Ihr Charakteristikum bestand in den 1980er Jahren vor allem darin, mindestens ebenso gegenwarts- und zukunfts- wie „vergangenheitsbewältigend“ wirken zu wollen. Sie können auch heute noch als Impulsgeber dienen, ihre historische Rückbesinnungsfunktion ist nicht auf die Epoche der europäischen (und transatlantischen) Friedensbewegung der 1980er Jahre beschränkt.

Apropos erinnerungskulturelle Rezeptionsprobleme und Gegenwartsbezüge: Abschließend sei noch auf zwei weitere Jubiläen hingewiesen, die in Vergessenheit geraten sind. Das erste jährt sich heute auf den Tag genau zum 140. Mal. Am 27. August 1874 endete die Brüsseler Konferenz mit einer Erklärung über die „Gesetze und Gebräuche des Krieges“. Sie bildete die Grundlage für die 1899 und 1907 stattfindenden Haager Friedenskonferenzen, die der Abrüstung sowie der friedlichen Lösung internationaler Konflikte dienen sollten. Das zweite ist der Briand-Kellogg-Pakt. Er wurde am 27. August 1928 unterzeichnet und ächtete den Krieg als politisches Mittel.

Literatur:

Ulrich Baumann, Magnus Koch, Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas (Hg.): „Was damals Recht war ...“. Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht, Berlin 2008.

Ulrich Bröckling, Michael Sikora (Hg.): Armeen und ihre Deserteure. Vernachlässigte Kapitel einer Militärgeschichte der Neuzeit, Göttingen 1998.

Marco Dräger: Denkmäler für Deserteure? Exemplarische Pro- und Contra-Diskussion im Unterricht, in: Geschichte lernen, Heft 151 (2013), S. 22–27.

Marco Dräger: Generation(en) und Geschichte(n) – Generationelle Auseinandersetzungen in der Geschichtskultur am Beispiel der Etablierung von Deserteur-Denkmalern, in: Michael Sauer u. a. (Hg.): Geschichtslernen in biographischer Perspektive. Nachhaltigkeit – Entwicklung – Generationendifferenz, Göttingen 2014, S. 87–99.

Manfred Messerschmidt: Die Wehrmachtjustiz 1933–1945, Paderborn u. a., 2. Auflage 2008.

Wolfram Wette (Hg.): Deserteure der Wehrmacht. Feiglinge – Opfer – Hoffnungsträger. Dokumentation eines Meinungswandels, Essen 1995.

Wolfram Wette: Deserteure der Wehrmacht rehabilitiert. Ein exemplarischer Meinungswandel in Deutschland (1980–2002), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 52 (2004), Heft 6, S. 505–527.

Über den Autor

Marco Dräger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Didaktik der Geschichte an der Georg-August-Universität Göttingen und Promotionsstipendiat der Heinrich-Böll-Stiftung.
Homepage:
www.uni-goettingen.de/de/223498.html

Das „Supergedenkjahr“ 2014 und die Überlagerung von 1939

Von David Zolldan

Noch im Spätherbst 2013 waren Befürchtungen weit verbreitet vor allem der im Jahr 2014 anstehende 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges würde nach dem derzeitigen Stand der Planungen nicht würdig erinnert werden. Mittlerweile lässt sich jedoch konstatieren, dass der Erinnerungsort 1914 nicht nur im Vordergrund des öffentlichen Gedenkens steht, sondern zusammen mit dem ebenfalls in diesem Jahr begangenen und beispielsweise von Bundeskanzleramt forcierten 25. Jahrestag des Mauerfalls den 75. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges durch Deutschland überlagert. Die Erinnerung an den deutschen Überfall auf Polen 1939 scheint zu einem Schattendasein degradiert worden zu sein. Wie lässt sich diese gedenkpolitische Hierarchisierung erklären?

Zunächst einmal gilt 1914 als „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ in die Europa hinein geschlittert ist. 1914 spiegelt in seiner aktuellen Deutung, wie sie beispielhaft in Christopher Clarks „Die Schlafwandler“ zum Ausdruck kommt, und im Gegensatz zum deutschen Angriff auf Polen von 1939 eben keine alleinige Schuld und lädt so leichter zur Versöhnung ein. Hinzutreten dürfte der symbolträchtige Charakter des runden 100. Jahrestages des Ersten Weltkrieges. 1989 wiederum polarisiert gerade auch die Deutschen nicht, sondern eint sie vielmehr. 1989 ist dazu nicht

nur national, sondern auch europäisch als Erfolgsgeschichte und wohl wichtigster Code im Narrativ von Freiheit und Einheit gekennzeichnet. Verstärkt werden mag dies durch die zeitliche Nähe der Erfahrung von 1989.

Für das in den 1980er Jahren vermehrt geäußerte Bedürfnis nach abschließender nationaler Harmonisierung und Normalisierung Deutschlands konnte die Erinnerung an die NS-Täter und -Taten und speziell auch die politischen Implikationen eines Erinnerungsortes 1939, dem „Auftakt des Vernichtungskrieges“ (siehe Jochen Böhlers Beitrag in dieser Ausgabe), wiederum nur unbequem sein. Die der Erinnerung an den deutschen Angriff auf Polen notwendig inhärente Frage nach Tat, Schuld und Handlungsräumen ließ sich im Gegensatz zur Auflösung des Nationalsozialismus im Zweiten Weltkrieg nur schwer in ‚nationalen Mehrwert‘ umwandeln. Sich der Täter und der Tat zu erinnern, konnte in einer Gesellschaft, in der es so viele Täter gab, ohnehin nur schwierig sein. Die Thematisierung der Täter implizierte mehr noch als die der Opfer auf deutscher Seite immer auch die Frage nach Schuld und Verantwortung.

Im Zuge der politischen Veränderungen von 1989/90 ergab sich die Möglichkeit zur „historischen Umcodierung“ (Jürgen Habermas) im Sinne einer Reflexion abseits des bis dahin zentralen Erinnerungsortes 1945. Dieser war Ausdruck eines negativen Identitäts- und Nationsdiskurses, der die Deutschen lehrte, wer sie waren, wer sie nicht

mehr seien und wer sie nicht wieder sein sollten. Ziel und Ergebnis der Umcodierung war eine affirmativere Wahrnehmung der Bundesrepublik, die Anerkennung ihrer Erfolgsgeschichte. Dieses sich beispielhaft im geplanten Berliner Freiheits- und Einheitsdenkmal spiegelnde Narrativ – das auch europäisch unter den Vorzeichen einer identitären Erinnerungspolitik forciert wird –, die Umdeutung des Zweiten Weltkrieges zur gemeinsamen Geschichte um Befreiung und der nachfolgende europäische Einigungsprozess ließen die ersehnte Möglichkeit zur Normalisierung und nach positiver Identität greifbar werden.

Gerade auf parlamentarisch-politischer Ebene wurde die ‚Aufarbeitung‘ der nationalsozialistischen Vergangenheit durch die deutsche Wiedervereinigung und die damit verbundenen außenpolitischen Erwartungen katalysiert. Der eingeforderte kontinuierliche selbstkritische Umgang mit dem Nationalsozialismus und seinem Erbe gilt international schon länger als erfüllt. In diversen auch vom Bund zum Teil erheblich geförderten Institutionen erinnert man sich der NS-Opfer und -Täter sowie deren Strukturen.

Und doch spricht nicht nur das Auswärtige Amt auf bundespolitischer Ebene – trotz des Bewusstseins, dass sich die Umstände und Gründe, Schuld und Absicht 1914 viel facettenreicher gestalten – ohne Unterschied wie bei einer Naturkatastrophe vom „Ausbruch“ des Ersten wie des Zweiten Weltkrieges ohne Deutschland als Aggressor zumindest zu benennen.

Und doch befasst sich die Bundeszentrale für Politische Bildung nicht mit 1939.

Und doch finden – im Gegensatz zum 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges oder dem 25. Jahrestag des Mauerfalls – bundesweit kaum Veranstaltungen zum Jahrestag 1939 statt, schon gar nicht mit überregionaler Bedeutung.

Die Spezifika des deutschen Angriffs- und Vernichtungskrieges drohen sich allgemein als Teil einer Entwicklung hin zum Gedenken an das nebulöse „Jahrhundert der Gewalt“ (Eric Hobsbawm) weiter aufzulösen. So fragt auch der Begleittext einer am 1. September stattfindenden Veranstaltung der Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft (EVZ): „Wird der Zweite Weltkrieg dabei zu einer Episode in der großen Erzählung über die Freiheit?“ Die Veranstaltung mit dem Titel „Der Zweite Weltkrieg in der europäischen Erinnerung“ wird mit einem hochkarätig besetzten Podium in Berlin eben jener Frage nach einer möglichen Überlagerung und Umcodierung des Zweiten Weltkrieges nachgehen.

Einen weiteren Lichtblick stellt die Eröffnung einer Ausstellung mit dem Titel „Vernichtungskrieg in Polen 1939“ in Berlin dar. Die Freiluft-Ausstellung der Ständigen Konferenz der Leiter der NS-Gedenkorte im Berliner Raum mit ihren Neun Tafeln zur Vorgeschichte und Auswirkungen des Kriegsbeginns wird ab dem 28. August 2014 auf dem Pariser Platz unmittelbar vor dem Brandenburger Tor zu sehen sein. Zusätzlich wird eine Begleitbroschüre

erscheinen.

Es bleibt zu hoffen, dass 2015, wenn sich der Jahrestag des Erinnerungsorts 1945 zum 75. Mal jährt, würdiger gedacht wird. Doch bliebe auch dann ein bitterer Beigeschmack der historischen Umcodierung, sollte in Deutschland, wie zu befürchten steht, nicht fokussiert die bedingungslose Kapitulation, sondern schwerpunktartig das Ende des Zweiten Weltkrieges als vielfältig anschlussfähiger Fixpunkt des universellen Leidens erinnert werden.

Über den Autor

David Zolldan ist studentischer Mitarbeiter in der Redaktion von Lernen aus der Geschichte. Mit dem Schwerpunkt Geschichts- und Vergangenheitspolitik studiert er den M.A. Holocaust Communication am Touro College Berlin.

Die Erinnerung an die Befreiung und das Ende des Zweiten Weltkrieges in Frankreich

Von Annette Nogarède

Die Gedenkfeiern zum 70. Jahrestag der alliierten Landung in der Normandie haben gezeigt, dass Erinnerungsarbeit für Frankreich auch immer politische Stellungnahme bedeutet. Nach wochenlangen Verhandlungen wurde neben Wladimir Putin auch der neue ukrainische Präsident Petro Poroschenko eingeladen, was eine starke symbolische Unterstützung der ukrainischen Belange bedeutete. 2004, zum 60. Jahrestag, hatte Jacques Chirac die Gelegenheit benutzt, um zum ersten Mal einen deutschen Bundeskanzler - Gerhard Schröder - einzuladen. Frankreich zeigte also sowohl 2004 als auch 2014, dass es sich nach wie vor als wichtige diplomatische Macht betrachtet, und sparte weder Mühe noch Kosten, um die Feierlichkeiten so beeindruckend wie möglich zu gestalten. Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg ist allerdings für Frankreich alles andere als unproblematisch, wie wir im Folgenden sehen werden.

Eine zwiespältige Erinnerung

Trotz seiner bedingungslosen Kapitulation am 22. Juni 1940 wurde Frankreich – dank der Unterstützung Winston Churchills – anlässlich der Potsdamer Konferenz in den Kreis der Siegermächte aufgenommen. Von diesem Zeitpunkt an lebte Frankreich mit einer doppelten Erinnerung, einer Art «doppelten Identität» in Bezug auf den Zweiten

Weltkrieg: einerseits das Vichy-Regime, das von einem großen Teil des französischen Volkes unterstützt oder zumindest toleriert worden war, und andererseits das „Freie Frankreich“ sowie der französische Widerstand, die „Résistance“, die dem Land eine moralische Legitimierung gaben.

Für Frankreich war von Anfang an der 8. Mai 1945 nicht das wichtigste Datum, im Vergleich zum 25. Juni 1944, dem Tag der Befreiung von Paris, oder dem 18. Juni 1940, dem Tag, an dem Charles de Gaulle über die BBC das französische Volk zum Widerstand aufrief („appel du 18 juin“). Der 8. Mai wurde trotzdem 1953 offiziell als Feiertag eingeführt, aber bereits 1959 wieder abgeschafft. Der 11. November – dem Ende des Ersten Weltkrieges – wurde nach wie vor als der wichtigere Gedenktag betrachtet. 1975 lehnte Giscard d'Estaing ab, ihn wieder einzuführen, um die deutsch-französische Versöhnung zu fördern. Erst 1981 setzte die Regierung unter Präsident Mitterrand ihn endgültig fest.

Der Mythos der Résistance

Die Provisorische Regierung unter de Gaulle (1944 - 1946) hatte die schwierige Aufgabe, Frankreich sowohl wirtschaftlich als auch gesellschaftlich wiederaufzubauen. Das Land war zwischen ehemaligen Kollaborateuren und Widerstandskämpfern zerrissen, und spontane Racheakte prägten den Alltag. Es handelte sich um eine bürgerkriegsähnliche Situation.

Um die Gesellschaft wieder zu einigen, verfolgte de Gaulle eine doppelte Strat-

egie: einerseits wurden die «Säuberungen» ehemaliger Kollaborateure fortan einzig und allein von der Regierung durchgeführt und fielen im Kontext der damaligen Zeit recht milde aus. Andererseits bekamen die ehemaligen Widerstandskämpfer eine besondere Stellung in der Gesellschaft, sie wurden bei der Vergabe von Beamtenstellen bevorzugt und stellten bis 1969 einen großen Teil des politischen Personals.

Die Erinnerungsarbeit konzentrierte sich unter der provisorischen Regierung, in der IV. Republik (1946 - 1958) und unter der Präsidentschaft de Gaulles (1958-69) auf die Leistungen des Widerstandes, das Vichy-Regime wurde als eine Ausnahme in der französischen Geschichte dargestellt. Der Höhepunkt dieser Verherrlichung des Widerstandes war die Überführung der sterblichen Überreste von Jean Moulin ins Pantheon am 19. Dezember 1964, bei der der französische Kulturminister André Malraux eine bewegende Rede hielt und Jean Moulin als Symbol Frankreichs feierte.

Die Anerkennung der französischen Verantwortung für Vichy

In den 1970er und 1980er Jahren wurde die Verdrängung des Vichy-Regimes und seine Reduzierung auf «eine Handvoll Kollaborateure» immer weniger akzeptiert. 1973 stellte der amerikanische Historiker Robert Paxton in seinem Buch „Frankreich unter Vichy“ („La France de Vichy“) das wirkliche Ausmaß der französischen Verantwortung für Kollaboration und Judendeportationen dar. Mehrere an den Deportationen

beteiligte Franzosen standen im Mittelpunkt von großen Prozessen, wie z.B. Klaus Barbie (1983) oder Paul Touvier (1989).

Trotzdem verteidigte der französische Staat noch unter Präsident Mitterrand (1981-1995) den Standpunkt, dass die Republik nicht für die Verbrechen von Vichy verantwortlich gemacht werden konnte, die im Grunde von einer «extremistischen Minderheit» verübt worden waren (Interview von F. Mitterrand durch J.-P. Elkabbach vom 12. September 1994, France 2). Mitterrand wurde jedoch am Ende seiner Regierungszeit selbst Opfer von Enthüllungen über seine Zusammenarbeit mit Vichy, die seinem Engagement in der Résistance vorausgegangen war. Er vereinigte sozusagen in seiner Person die „doppelte Identität“ Frankreichs während des Zweiten Weltkrieges.

Jacques Chirac war der erste französische Staatspräsident, der die Verantwortung Frankreichs vollständig anerkannte, anlässlich einer Rede vom 16. Juli 1995 zum Jahrestag der Massenverhaftung von Juden am Vel'd'Hiv'. Seit den 1990er Jahren wird die französische Mitverantwortung am Vichy-Regime nicht mehr grundsätzlich in Frage gestellt und zahlreiche Gedenktage markieren die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg: die Massendeportation vom Vel'd'Hiv', die Befreiung von Auschwitz, die Landung in der Normandie, der Aufruf von Charles de Gaulle, die Befreiung von Paris, und natürlich der 8. Mai.

Erinnerungspolitik 2014/15

2014 fanden und finden an vielen Orten Frankreichs Feierlichkeiten zur Erinnerung an die Befreiung statt, die meist von lokalen Initiativen ausgehen (außer der Zeremonie vom 6. Juni). Für nächstes Jahr hat die französische Regierung unter Leitung des Verteidigungsministeriums eine Veranstaltungsreihe vorgesehen. Der Projektauftrag steht unter dem Titel „70. Jahrestag des Widerstandes, der alliierten Landungen, der Befreiung Frankreichs und des Sieges über den Nationalsozialismus“.

Dieser Titel scheint eine bestimmte Tendenz zu zeigen, die an de Gaulle erinnert: der Widerstand und das «Freie Frankreich» werden erneut in den Mittelpunkt gestellt, und der Aspekt des «Sieges» über Nazideutschland unterstrichen. Das Vichy-Regime scheint in den Hintergrund zu treten. Andererseits sind sich besonders die jungen Franzosen durchaus der Verantwortung Frankreichs für die Verbrechen während der deutschen Besatzung und dem Vichy-Regime bewusst. Man wird in den nächsten Monaten sehen, welchen Weg die öffentlichen Veranstaltungen zum Ende des Zweiten Weltkrieges nehmen werden - ein nach 70 Jahren immer noch brisantes Thema, das grundlegend für das französische Nationalgefühl ist.

Über die Autorin

Annette Nogarède lebt seit 1997 in Frankreich und unterrichtet Geschichte und Geographie im bilingualen deutsch-französischen Zweig am Gymnasium (AbiBac). Sie gibt auch Kurse über die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Universität Nîmes.

Lernen aus der Geschichte

Themenheft „NS und Zweiter Weltkrieg“

Gerade für jüngere Klassen stellt es sich mitunter schwierig dar, geeignete Materialien und Unterrichtsentwürfe zu finden, um das Thema Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg im Unterricht zu thematisieren. Um diese Lücke zu schließen hat der „Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V./ Projekt Chancen erarbeiten - a³“ zwei Handreichungen entwickelt, die sich hervorragend für die Verwendung im Unterricht bereits ab der Sekundarstufe I eignen. Die Handreichungen ermöglichen eine vielschichtige Auseinandersetzung mit dem Thema und regen durch aktivierende und handlungsorientierte Aufgabenstellungen zu selbstständigem Denken und zur individuellen Meinungsbildung an. Aufgrund der inhaltlichen Fülle und der Komplexität des Themas wurden die vierzehn Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft in den Themenheften in zwei Phasen unterteilt, die jeweils in einer Handreichung behandelt werden. Der erste Band „Nationalsozialismus und zweiter Weltkrieg – Errichtung und Festigung der Diktatur“ setzt seinen Fokus auf die ersten sieben Jahre des Regimes, in denen sich die nationalsozialistische Volksgemeinschaft formierte, die sukzessive Entrechtung und Verfolgung der durch NS-Deutschland stigmatisierten Gruppen begann und die deutsche Führung bereits die Weichen in Richtung Krieg legte.

Im Zentrum des zweiten Bandes „Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg

Empfehlung Unterrichtsmaterial

– Krieg und Verbrechen“ stehen schließlich die Jahre zwischen 1939 und 1945, in denen Deutschland die Welt in den Krieg führte, nach sieben blutigen Jahren endlich kapitulierte und die Alliierten das Land in Ost und West teilten. Die verschiedenen Akteure, Etappen und Ereignisse, die den Weg des deutschen Eroberungs- und Vernichtungsfeldzugs kennzeichneten, werden in der Handreichung in verschiedenen Kapiteln behandelt. Dabei bekommen die Jugendlichen zunächst einen Einblick in das jeweilige Thema und haben dann die Möglichkeit, anhand verschiedener Fragen und Aufgabenstellungen ihr Wissen selbstständig zu erweitern. Dazu dienen konkrete Rechercheaufträge ebenso wie die Möglichkeit, sich anhand von kurzen Filmsequenzen und zeitgenössischen Landkarten ein plastischeres Bild von den betreffenden Vorgängen zu machen. Um die Meinungsbildung und die kommunikativen Kompetenzen der Jugendlichen zu steigern, animieren kontroverse Statements und Aufforderungen zur persönlichen Stellungnahme und zur gemeinsamen Diskussion am Ende jedes Kapitels.

Aufgrund der einfachen, jugendgerechten Sprache bietet die Handreichung einen niedrigschwiligen Einstieg in das Thema. Fachbegriffe und Institutionen werden in einem Basisglossar erläutert. Um weitere Informationen zu erhalten haben die Jugendlichen die Möglichkeit, im Internet und in weiterführender Literatur selbst Recherchen anzustellen. Am Ende der Handreichung können die Schüler/innen ihr neu gewonnenes

Lernen aus der Geschichte

Wissen anhand eines Quiz überprüfen.

Insgesamt bieten beide Handreichungen, die kostenlos als PDF [heruntergeladen](#) werden können, eine gute Möglichkeit, sich auch mit jüngeren Klassen und heterogenen Lerngruppen dem Thema Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg zu nähern. Komplexe Zusammenhänge und tiefer gehende Analysen der Inhalte müssen jedoch teilweise hinter dem Konzept einer einfachen Darstellungsweise der einzelnen Themenbereiche zurückstehen. Dadurch entsteht mitunter ein fragmentarisches Bild der behandelten Vorgänge. So widmet sich ein Kapitel zwar der „Befreiung der Lager“, ohne das die Leser/innen jedoch davor etwas über jene Lager erfahren hätten. Insgesamt bleibt die Shoah in der Handreichung ein Randthema, dass zwar in der Tat in Bezug auf Kriegsverlauf und -strategie nicht von Bedeutung war, jedoch in einer Handreichung zum Thema „Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg“ nicht fehlen sollte.

Zusätzlich zu den beiden Themenheften haben Multiplikator/innen die Möglichkeit, eine weitere Handreichung herunterzuladen. Darin finden sich Zusatzinformationen zu den Einsatzmöglichkeiten der Themenhefte und methodische Anregungen, die über die Aufgabenstellungen in den Heften hinausgehen. Mithilfe einer umfangreichen Auflistung von Internetangeboten, historischen Orten und interessanten Publikationen können Interessierte das vorgefertigte Konzept der Themenhefte nach individuellen Vorstellungen und

Empfehlung Unterrichtsmaterial

Bedürfnissen erweitern. Verschiedene Workshopangebote ermöglichen außerdem eine individuelle Weiterbildung der Multiplikator/innen.

Handreichung „Deutsche und Polen“

Die 2005 von Dr. Christine Paschen verfasste pädagogische Handreichung „Deutsche und Polen. Wege zur Versöhnung“ möchte durch Wissenserweiterung „vorschnelle Urteile und Vorurteile“ abbauen helfen. Ziel ist es, polnische Perspektiven durch einen weit ausholenden Blick in die deutsch-polnische Geschichte verständlich zu machen. Die Handreichung richtet sich dem Umfang, den Inhalten und der Aufmachung nach vor allem an Multiplikator/innen, denen durch viele zitierte Erlebnisberichte oder Dokumentausschnitte ebenfalls Material zur Diskussion in der Vermittlung mitgegeben wird. So werden beispielsweise Weisungen Hitlers für den „Fall Weiß“, den geplanten Angriff auf Polen vom 3. April 1939, zitiert und damit unter anderem die außenpolitischen Vorbedingungen verdeutlicht. Daneben eignet sich das zusammengestellte Material durchaus auch für Schüler/innen der Sekundarstufe II.

Trotz des Umfangs liegt der thematische Fokus auf dem Zweiten Weltkrieg und seinen Folgen. Denn selbst im Abriss zur wechselvollen Geschichte von Deutschen und Polen vom Mittelalter bis zur Neuzeit wird der Abschnitt zum Mythos

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Grunwald/Tannenberg beispielhaft auf die Nutzung durch die Nationalsozialisten rückgekoppelt. Das Kapitel zum Zweiten Weltkrieg im Rahmen der deutsch-polnischen Geschichte thematisiert nicht nur Besatzungsterror, Germanisierungspolitik und Zwangsarbeit, sondern auch wesentlich die Verfolgung und Vernichtung der Juden sowie explizit das Warschauer Ghetto.

Daran anschließend werden neben der so genannten neuen Ostpolitik der Bundesrepublik vor allem unter Willy Brandt der Warschauer Vertrag von 1970, die Demokratiebewegung in Polen sowie die Rede von Gerhard Schröder zum 60. Jahrestag des Warschauer Aufstandes in den Blick genommen. Zuletzt wird die Arbeit des Volksbundes in den östlichen Nachbarstaaten Deutschlands selbst vorgestellt.

Bei diesem auf 64 Seiten abgehandelten Themenumfang, ist sich die Publikation jedoch der möglichen Verkürzung bewusst. Ein Literaturverzeichnis, in dem auch Hinweise zur Kinder- und Jugendliteratur zu finden sind, kann daher auch für weiterführend-vertiefende Literaturanregungen herangezogen werden.

Eine Stärke der Handreichung besteht im stetigen Einbezug und der Beschreibung Polens auch als selbstständigem Akteur, sei es im Rahmen militärischer Untergrundaktivitäten oder Ähnlichem.

An ein paar wenigen Stellen sorgt der Inhalt jedoch für Irritationen. So wird beispielsweise suggeriert die Vernichtungslager Treblinka und Sobibor wären bereits in der

Empfehlung Unterrichtsmaterial

zweiten Jahreshälfte 1941 eingerichtet worden.

Zur Erweiterung des eigenen Wissens und der eigenen Perspektive auf die deutsch-polnische Beziehungsgeschichte bietet die Handreichung jedoch eine gute Basis, in der sich zusätzlich noch einige Anregungen für in der Vermittlung sinnvolles Quellenmaterial finden.

Die Broschüre kann auf der Homepage des Volksbunds kostenlos [heruntergeladen](#) werden.

Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg 75 Jahre nach Kriegsbeginn

Von Anne Lepper

Betrachtet man den Zweiten Weltkrieg vom Ende her, also dem 8. Mai 1945, als das nationalsozialistische Deutschland endgültig kapitulierte, scheint sowohl die Schuldfrage als auch die Frage nach „Sieger“ und „Verlierer“ des fast sechs Jahre andauernden Krieges klar und zumindest in der heutigen Historiographie unumstritten. Deutschland hatte mit dem Überfall auf Polen den Krieg begonnen und durch die daran anschließende systematische Eroberung und Vernichtung von Millionen von Menschen die Verantwortung für jene Todesbilanz zu tragen, die im Mai 1945 etwa 55 Millionen Tote zählte.

Während dementsprechend zwar die deutsche Schuld nach 1945 nur schwer zu leugnen war, verfestigte sich in der deutschen Nachkriegsgesellschaft ein Geschichtsbewusstsein, das die Verantwortung für die Verbrechen NS-Deutschlands auf eine kleine elitäre Gruppe abzuwälzen wusste. Daneben herrschten in der Kommunikation über die Kriegsjahre oftmals jene Narrative vor, die den Opferstatus der Deutschen mindestens in ein Verhältnis zu ihrer Täterschaft stellten, wenn jener diese nicht sogar überlagerte. Dadurch verfestigte sich in der deutschen Gesellschaft über die Jahrzehnte hinweg ein Erinnerungsnarrativ, das Erzählungen von subjektiver Trauer, Verzicht, Kriegsgefangenschaft und Leid implementierte und jene

von Eroberungsfeldzügen, Einsatzgruppen und Vernichtungslagern vom „einfachen Volk“ weg auf die NS-Führungselite projizierte.

Dadurch war eine kritische Auseinandersetzung mit den Ursachen für den Kriegsbeginn, die Kriegsbegeisterung und die Loyalität der deutschen Gesellschaft mit „ihrem“ Führer oftmals nicht möglich. Um sich diesen Themen zu nähern bietet es sich an, den Blick 75 Jahre nach Kriegsbeginn auf jene Vorgänge zu richten, die im Jahr 1939 zu dem deutschen Überfall auf Polen und schließlich zum Zweiten Weltkrieg führten. Das Magazin „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (Apuz), das von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegeben wird, hat dem Kriegsbeginn und seiner Erinnerung eine Ausgabe gewidmet, die sich aus verschiedenen Perspektiven dem Thema nähert. Bereits im Editorial benennt Herausgeber Hans-Georg Golz jene Eckdaten und historischen Wendungen, die heute im Fokus der Erinnerung stehen. In den folgenden Beiträgen verschiedener Autor/innen steht dann die Frage im Zentrum, welche politischen, gesellschaftlichen und militärischen Bedingungen im Herbst 1939 zum Kriegsbeginn führten.

Als Einführung zeichnet der Historiker Norbert Frei in seinem Beitrag „1939 und wir“ in diesem Sinne zunächst einmal ein Bild von der Situation, in der sich Deutschland 1939 nach sechs Jahren NS-Regime befand und Rolf-Dieter Müller zeigt, wie Hitler durch den Überfall auf Polen Traditionslinien und Konventionen des Deutschen

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Fachdidaktik

Reiches gestützt durch die Loyalität seines Volkes aushebelte. Neben diesen kursorischen Bestandsaufnahmen der Verfasstheit der deutschen Gesellschaft vor 1939 und zu Kriegsbeginn, befassen sich verschiedene Beiträge mit der Erinnerung an jenes Ereignis, das als Initialzündung für einen beispiellosen Eroberungs- und Vernichtungsfeldzug diente. Dabei stellt Jerzy Kochanowski die Ambivalenzen dar, die in der polnischen Gesellschaft bis heute mit dem Gedenken an den deutschen Überfall und die militärische Unterlegenheit der polnischen Armee verbunden sind. Elena Stepanova gibt einen Einblick in die unterschiedlichen Bilder, die in der deutschen und russischen Literatur seit 1945 vom Krieg, dem Morden und Sterben der Soldaten gezeichnet wurden. Martin Sabrow widmet sich in seinem Aufsatz indes der Erinnerung an den Krieg in der deutschen Gesellschaft und zeigt dabei die streitbare Wechselwirkung zwischen den Deutschen als Opfern und den Opfern der Deutschen auf. Zwei abschließende Beiträge werfen ihren Blick auf unterschiedliche Felder der konkreten Auseinandersetzung mit dem Krieg, seiner Konsequenzen und seiner Erinnerung: Während sich Svenja Golttermann mit der kritischen Rolle deutscher Kriegsheimkehrer in der Nachkriegszeit beschäftigt, befasst sich Hermann Parzinger mit den Themen NS-Raubkunst, „Entartete Kunst“ und Beutekunst nach 1945.

Das Magazin bietet eine hervorragende Möglichkeit, sich multiperspektivisch und kritisch mit der Zäsur 1939 und den verschiedenen Narrativen auseinanderzusetzen,

die heute das kulturelle Gedächtnis in Deutschland, Polen und Russland formen. Die einzelnen Beiträge werfen interessante und informative Schlaglichter auf verschiedene Themen, die jedoch aufgrund der Länge der Texte zum Teil nur kursorisch behandelt werden können. Für eine intensive Auseinandersetzung mit so komplexen und weitläufigen Themen wie der NS-Beutekunst bietet es sich deshalb an, weiterführende Literatur zur Hand zu nehmen.

Das Magazin kann auf der Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) kostenlos als PDF heruntergeladen werden.

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Der Zweite Weltkrieg im Film – Geschichtsvermittlung in der DDR durch DEFA-Produktionen

Von Anne Lepper

Im vereinten Deutschland, in dem Gedenkstätten zu modernen Institutionen geworden sind, Gedenktage fluide eingeführt und abgeschafft werden und Geschichtssendungen à la Guido Knopp das Geschichtsbewusstsein junger Menschen prägen, ist ein regelrechter Wettkampf um die Deutungshoheit und den individuellen Einfluss auf das kulturelle Gedächtnis der Bundesrepublik entstanden. In diesem Ansinnen bemühen sich die verschiedenen institutionellen und nicht-institutionellen Akteur/innen, bestimmte Inhalte und Geschichtsauffassungen zu reproduzieren, ein allgemeines Interesse für Geschichte zu wecken und aktuelle Bezüge herzustellen. Dabei setzen sich bestimmte Auffassungen durch oder werden demontiert, Kontroversen und Konsense geschaffen, Auseinandersetzungen gesucht und fehlende Auseinandersetzungen skandalisiert. Versteht man das kulturelle Gedächtnis als ein Produkt aus diesen Prozessen, bietet es sich gerade in der Geschichtsvermittlung an, einen Blick auf die Entwicklungen im Geschichtsbewusstsein der vergangenen Jahrzehnte zu werfen. Ziel dessen ist es, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass die Deutung von Geschichte durch politische, soziale und wissenschaftliche Interessen und Prozesse der Gegenwart beeinflusst und bestimmt wird. Um dies zu vermitteln, lohnt sich ein Blick in

Empfehlung Film/DVD

die Vergangenheit anhand von filmischen Dokumenten, die inzwischen selbst zu historischen Artefakten geworden sind. Die Deutsche Film AG (DEFA), die erste deutsche Nachkriegs-Filmgesellschaft, die 1946 durch die Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht in Potsdam-Babelsberg gegründet wurde, bietet hierfür eine hervorragende Möglichkeit.

Der Zweite Weltkrieg in DEFA-Produktionen

Unter den über 1200 Filmen, die die DEFA bis zu ihrem Verkauf 1992 produzierte, finden sich auch einige, die auf verschiedene Weise den Zweiten Weltkrieg, den Weg in den Krieg und die Erinnerung an diesen in der DDR thematisieren. Während einige Werke das Ziel haben, einen Überblick über die Ursachen des Krieges, den Kriegsverlauf und die Konsequenzen zu liefern, erzählen andere die individuelle Geschichte einzelner Protagonist/innen oder widmen sich auf intensive Weise verschiedenen historischen Ereignissen und Vorgängen.

Das spezielle staatsantifaschistische Selbstverständnis und die prosowjetische Haltung der realsozialistischen DDR spielen dabei natürlich immer eine Rolle, wenngleich die Färbung der Kommentare und der verschiedenen Darstellungen der Geschichte durchaus variiert.

Wege in den Krieg und der Weg des Kriegs

Einen Einblick in die deutsche Geschichte aus der Perspektive der DDR bieten zwei DEFA-Produktionen aus den Jahren 1956

Lernen aus der ■ Geschichte ■

und 1980. Sowohl in der Dokumentation „Du und mancher Kamerad“ als auch in „Im Land der Adler und der Kreuze“ werden jene Prozesse nachgezeichnet, die 1914 zum Ersten und 1939 zum Zweiten Weltkrieg führten. Einen relativ technisierten Blick auf die Vorbereitungen des Zweiten Weltkriegs wirft die Produktion „Entwicklungsjahre“ aus dem Jahr 1984. In dem Film von Klaus Alde werden die Entwicklungen in der Kriegsstrategie und der Waffentechnik im Vorfeld des Zweiten Weltkriegs nachgezeichnet. Der Film „Ein guter Deutscher“ aus dem Jahr 1960 vereint schließlich historisches Filmmaterial aus dem Zweiten Weltkrieg. Beginnend mit dem Überfall auf Polen dokumentiert die Produktion den Weg der Wehrmacht, der 1945 zur militärischen Niederlage und zur deutschen Kapitulation führen musste. Neben den genannten Dokumentarfilmen befassen sich auch einige Spielfilme mit dem Thema Zweiter Weltkrieg. In der Produktion „Der Fall Gleiwitz“ aus dem Jahr 1961 wurden die Vorgänge vom 31. August 1939, die den Nationalsozialisten den Grund für den Krieg gegen Polen liefern sollten, anhand von Aussagen des SS-Mannes und SD-Mitarbeiters Alfred Naujocks vor britischen Vernehmungsbehörden und im Nürnberger Prozess rekonstruiert.

Filmrecherche und Filmverleih

Nach der Produktionseinstellung der DEFA wurde die Auswertung des umfangreichen Filmmaterials und der Vertrieb desselben vom Progress Film-Verleih übernommen. Auf der Homepage des Unternehmens

Empfehlung Film/DVD

finden sich neben Filmbeschreibungen und umfangreichen Recherchemöglichkeiten auch Informationen zu Bestellung und Verleih einzelner Produktionen. Es gibt auf der Seite zudem verschiedene thematische Listen, in denen das vorhandene Filmmaterial themenspezifisch geordnet wurde. Neben Listen zum Ersten Weltkrieg, zum Mauerfall und zu einzelnen Staaten findet sich auch eine Liste mit Filmen, die den Zweiten Weltkrieg thematisieren.

Implementierung in den Unterricht

Die Filme der DEFA geben einen anschaulichen Einblick in Art und Inhalt der Geschichtsvermittlung in der DDR. Sie sind heute selbst historische Dokumente und bieten eine spannende Möglichkeit, sich im Unterricht mit verschiedenen Geschichtsbildern auseinanderzusetzen. Um jedoch dahinterliegende politische Prozesse und gesellschaftliche Entwicklungen nachvollziehen zu können, bedarf es einer inhaltlichen Rahmung des Filmmaterials. Es bietet sich daher an, die einzelnen Filme im Unterricht ausführlich vor- und/oder nachzubereiten.

Die Dokumentation „Angriff auf Europa - Wie der Zweite Weltkrieg begann“

Von David Zolldan

Zum 70. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen zeigte das ZDF am 1. September 2009 eine unter der Leitung Guido Knopp produzierte Dokumentation mit dem Titel „Angriff auf Europa - Wie der Zweite Weltkrieg begann“. Die Autorinnen Christian Frey und Katarzyna Tuszynska verstetigen in dieser deutsch-polnischen Zusammenarbeit die von Jochen Böhler in dieser Ausgabe vertretende These vom „Auftakt des Vernichtungskrieges“. Der Vernichtungskrieg wurde nicht erst seit 1941 gegen die Sowjetunion geführt, sondern war bereits gegen Polen geplant und geprobt worden.

Neben Jochen Böhler vom Deutschen Historischen Institut Warschau wird die Dokumentation wissenschaftlich auch durch den mittlerweile in dieser Rolle beinahe zu einem Dauergast gewordenen Historiker Sönke Neitzel begleitet. Ergänzt werden Böhler und Neitzel durch deutsche und polnische Zeitzeugen wie den deutschen Angreifer Otto Schmidt und Piotr Kieszkowski, der den Angriff als Kind miterlebte.

Die verschiedenen Etappen des Krieges, beginnend mit den Tagen vor dem Angriff ab dem 25. August 1939, den durchaus bereits mit Waffengewalt ausgetragenen Spannungen, den jeweiligen Bündnissen und Strategien über den für Polen beginnenden Zweifrontenkrieg nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen am 17. September bis

zur Kapitulation am 27. September 1939 werden recht detailliert beschrieben. Dabei wird der Erzählung vom Erstbeschuss des Munitionslagers Westerplatte der womöglich bereits kurz zuvor erfolgte Angriff von deutschen Stuka-Geschwadern auf die polnische Kleinstadt Wielun entgegeng gehalten. Neben solchen Nebendiskussionen werden charakteristische Züge des deutschen Überfalls herausgearbeitet. So wird auf den in weiten Teilen der Wehrmacht vorhandenen Partisanenmythos gegenüber Polen und Juden eingegangen, der durch weitverbreitete Ressentiments auf ideologischen Nährböden stieß. So konstatiert auch Jochen Böhler: „Die Zerstörung von Ortschaften und die Erschießung von Zivilisten für angebliche Partisanenüberfälle [...] ist ein Massenphänomen, das in den ersten Tagen und Wochen des Polenkrieges überall dort, wo Wehrmachtseinheiten einmarschieren, zu beobachten ist.“

Dass dieser Terror nicht nur spontan war, sondern Methode hatte, hebt die Dokumentation am Beispiel der „Intelligenz-Aktion“ hervor. Mit der systematischen Ermordung polnischer Pastoren, Ärzt/innen, Professor/innen und anderer wollten die Deutschen die Polen zu einem zwangsarbeitenden „Helotenvolk“ machen. Der Holocaust mit seinen verschiedenen Etappen der Kennzeichnung, Vertreibung, Ghettoisierung und Vernichtung in Polen findet ebenfalls Erwähnung.

Die Dokumentation endet – dem knoppschen Histotainment nicht untypisch – mit dem zumindest im Sinne

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Film/DVD

erinnerungskultureller Debatten in Deutschland fragwürdigen Hinweis, der auf die potenziell eigene Betroffenheit zielt bzw. an diese appelliert: Der mit dem deutschen Angriff auf Polen beginnende Zweite Weltkrieg sei schließlich nach Deutschland zurückgekehrt - auch Berlin hätte „genauso wie Warschau, Rotterdam, Coventry, Hamburg...“ zerbombt da gelegen und vor allem Polen und Deutsche hätten ihre Heimat verloren.

Dennoch eignet sich die Dokumentation zur visuellen Untermauerung vorheriger Vermittlungen mit Dokumenten und der Quellenarbeit zum Thema.

Die Dokumentation „Hitlers Angriff“

Ebenfalls im Jahr 2009 wurde eine Dokumentation mit dem Titel „Hitlers Angriff – Wie der Zweite Weltkrieg begann“ ausgestrahlt. Die Erstausstrahlung der Co-Produktion von DW-TV und TVP Polonia bei 3Sat erfolgte am 4. September 2009 unter der Regie von Nadine Klemens und Jan Strękowski. Sie finden diese sich ebenfalls mit dem deutschen Angriff beschäftigende Dokumentation auf der [Website](#) der Deutschen Welle. Die in der Bilderfolge leicht abweichende Variante der 3Sat-Ausstrahlung findet sich auf youtube. Daneben wird diese Dokumentation anlässlich des 75. Jahrestages des deutschen Angriffs Ende August 2014 bei der Deutschen Welle wiederholt.

Unser nächstes Magazin erscheint am 17. September 2014 und trägt den Titel „Rassismus als Ideologie in Geschichte und Gegenwart“.

I M P R E S S U M

Agentur für Bildung - Geschichte, Politik und Medien e.V.

Dieffenbachstr.76

10967 Berlin

<http://www.lernen-aus-der-geschichte.de>

<http://www.agentur-bildung.de>

Projektkoordination: Ingolf Seidel

Webredaktion: Ingolf Seidel, Anne Lepper und David Zolldan

Die vorliegende Ausgabe unseres Magazins wird durch den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. gefördert.

Die Beiträge dieses Magazins können für nichtkommerzielle Bildungszwecke unter Nennung der Autorin/des Autors und der Textquelle genutzt werden.